

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Von links nach rechts: Esther Straub, Kirchenratspräsidentin der Evang. Kirche in Zürich; Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, Caroline Meijers (MJSSP) und Claude Braun (EBF). Foto: Vinzenz Schwab

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

SCHWEIZ

Das Solidaritätsdelikt abschaffen!

Am 15. September überreichte eine Menschenkette dem Parlament in Bern eine Petition für die Abschaffung des «Solidaritätsdelikts» mit über 11.200 Unterschriften. Diese Petition fordert, den Artikel 116 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) dahingehend zu ändern, dass Menschen, die aus humanitären Gründen handeln, bei der «Förderung des rechtswidrigen Aufenthalts eines Ausländers» straffrei bleiben.

Um diese Forderung zu unterstreichen, fand zuvor eine Konferenz mit Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss als Ehrengast statt. Neben ihr ergriffen verschiedene Vertreter:innen aus Politik, Kirche und Menschenrechtsorganisationen das Wort. Seit 2008 ist die «Förderung des rechtswidrigen Aufenthalts eines Ausländers» sogar dann strafbar, wenn aus Solidarität mit Geflüchteten oder Migranten, also ohne persönlichen Profit, gehandelt wird. Die Strafe kann eine Geldbusse nach sich ziehen oder bis zu einem Jahr Haft bedeuten; wer gruppenmässig agiert, kann dafür vier Jahre Haft bekommen.

Jedes Jahr werden deswegen mehrere hundert Personen verurteilt. Die Petition appelliert an die Vernunft und die Humanität der Parlamentarier:innen, diese Verschärfung rückgän-

gig zu machen. Diese Petition war Anfang 2026 vom «Mouvement Jurassien de Soutien aux Sans-Papiers et Migrant-es» (MJSSP) lanciert worden, dessen Präsidentin, Caroline Meijers selbst angeklagt worden war¹. Campax, das Europäische Bürger:innen Forum, Solidarité sans Frontières, der Freundeskreis Cornelius Koch und zahlreiche weitere Organisationen schlossen sich aktiv der Kampagne an.

Polizisten in der Wohnung

Vor rund sechzig Zuhörer:innen im «Centre d'Accueil Paroissial» der Französischen Kirche in Bern beschreibt Caroline Meijers, wie es ihr als Direktbetroffene ergangen war: «Alles begann im Februar 2025, als ich früh am Morgen Besuch von zwei Polizisten bekam, die bei mir zu Hause nach einem Syrer suchten.

Ein dritter Beamter – wahrscheinlich mit muskulösen Oberarmen – wartete im Auto, falls es Probleme geben sollte. Aber da ich meinen beiden Besuchern lächelnd einen Kaffee anbot, wohl wissend, dass sie persönlich nicht für diesen Besuch verantwortlich waren, teilten sie ihrem Kollegen mit, dass er seinen Posten verlassen dürfe. Es handelte sich aber dennoch um eine Hausdurchsuchung, und obwohl die Polizisten den fraglichen Syrer nicht gefunden hatten und auch nichts, was auf ihn hingedeutet hätte, klagte mich die jurassische Staatsanwaltschaft an.»

Caroline wurde am 8. Juli 2025 glücklicherweise freigesprochen. Trotzdem startete sie die Petition, denn sie wollte nicht locker lassen: «Tatsächlich werden in der Schweiz jedes Jahr Hunderte von Menschen verurteilt, vor allem Immigrant:innen, die Bekannten oder Verwandten helfen und die sich nicht so leicht verteidigen können wie ich.»

Ein Akt des Mutes

Nach der Einleitung bekommt Ruth Dreifuss das Wort: «Wer sich aus Gewissensgründen dazu entschliesst, sich nicht an das Gesetz zu halten, nimmt das Risiko einer Bestrafung in Kauf! Gewaltloser ziviler Ungehorsam ist immer ein Akt des Mutes, der Bewunderung verdient. Der Staat, der mit solchen individuellen oder kollektiven Initiativen konfrontiert ist, sträubt sich jedoch dagegen, das moralische Dilemma anzuerkennen, das zu diesen Handlungen führt – selbst wenn er jene, die er damals verurteilt hat, Jahrzehnte später rehabilitieren muss.» Sie erwähnt Paul Grüninger,



Foto: Vinzenz Schwab

den Polizeikommandanten von St. Gallen, und die kommunistische Aktivistin Aimée Stitelmann aus Genf. Beide retteten während des Zweiten Weltkrieges Jüdinnen und Juden vor der Vernichtung, beide wurden verurteilt und erst Jahrzehnte später rehabilitiert. Dreifuss spricht über «die 800 Schweizer Freiwilligen, die der spanischen Republik dienten, die von den Rebellentruppen General Francos angegriffen wurde. Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz wurden sie zu Festungsstrafen verurteilt und ihrer demokratischen Rechte beraubt. (...) Erst im Frühjahr 2009 wurden die Schweizer, die sich für die Verteidigung der spanischen Republik engagiert hatten, vom Parlament rehabilitiert. (...) Und erst in der Sommersitzung 2026 rehabilitierte das Parlament auch diejenigen, die in den französischen und italienischen Widerstandsbewegungen gekämpft hatten.»

Danach kommt die Rednerin auf heute zu sprechen: «Und es gibt immer noch Menschen guten Willens, die sich verpflichtet fühlen, denen zu helfen, die unter unmenschlichen staatlichen Entscheidungen leiden. Einen illegalen Migranten bei sich aufnehmen, der nach einer Odyssee, auf der er alle möglichen Arten von Gewalt erlitten hat, hoffte, endlich einen sicheren Hafen gefunden zu haben; die Ausreise einer Person aus der Schweiz organisieren, um ihre Rückführung in ein Land zu verhindern, in dem ihr Misshandlung, ja sogar Folter oder der Tod drohen; nach Italien zu fahren, um einen aus der Schweiz abgeschobenen Migranten abzuholen, weil er dort auf der Strasse lebt, ohne die dringend benötigte medizinische Versorgung – wie es Anni Lanz² getan hat –, das sind nur einige Beispiele aus unserer unmittelbaren Umgebung. Müssen wir tatenlos abwarten, bis sich nach Jahrzehnten offiziell Reue darüber zeigt, dass Solidaritätsdelikte und Delikte aus Menschlichkeit unter Strafe gestellt wurden? Nein, es ist wichtig, jetzt den ‚Notstand‘ anzuerkennen, wie es das Gericht formulierte, das Paul Grüniger rehabilitiert hat.»

Solidarität als Grundwert

Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen Schweiz, betont: «Solidarität kann kein Verbrechen sein, auch nicht, wenn sie gegenüber

einem Migranten oder einer Migrantin zum Ausdruck kommt. Dieses Delikt bedeutet die Kriminalisierung von Migration und die Entmenschlichung von Menschen, die migrieren. Was dieses Delikt bewirkt, ist ein Abbau der Solidarität als Grundwert, der die Gesellschaft zusammenhält.» Lisa hatte bereits im Jahr 2018 einen Vorstoss zur Abschaffung des Delikts im Parlament eingebracht, nachdem Pfarrer Norbert Valley im Kanton Neuenburg angeklagt worden war, einen abgewiesenen Asylbewerber beherbergt zu haben. Im Jahr 2020 lehnte das Parlament den Vorstoss ab, umso mehr unterstützt Lisa die jetzige Petition.

Alicia Giraudel, Asyl-Verantwortliche bei Amnesty International Schweiz, beklagt, dass die Schweiz das Völkerrecht missachtet: «Der UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger hat ausdrücklich betont, dass auch Personen, die sich für die Rechte von Geflüchteten und Migrant:innen einsetzen, Menschenrechtsverteidiger:innen sind. (...) Staaten müssen solche Tätigkeiten nicht nur dulden. Sie müssen Menschenrechtsverteidiger:innen aktiv schützen.»

Der Kern christlicher Berufung

Esther Straub, Kirchenratspräsidentin der Evangelischen Kirche des Kantons Zürich, erzählt über die Erfahrungen in ihrer Kirche: «Unsere Kirche ist von Artikel 116 des Ausländer- und Integrationsgesetzes direkt betroffen, denn unsere Mitarbeitenden und Mitglieder engagieren sich für geflüchtete und migrierte Menschen.» Von der Vergangenheit mit Flüchtlingshelferin Gertrud Kurz und Flüchtlingspfarrer Paul Vogt während des Zweiten Weltkrieges über Kaplan Cornelius Koch mit der Freiplatzaktion für Chileflüchtlinge 1973/74 spannt sie den Bogen bis in die Gegenwart. Gefängnispfarrer Patrice de Mestral wurde Ende der 1990er Jahre zu einer Busse von 6000 Schweizerfranken verurteilt. Er hatte einen kranken Ausschußungshäftling ins Spital gefahren und ihn später beherbergt. Pfarrerin Verena Mühletaler bekam 2022 eine Strafanzeige. Sie hatte mit Einverständnis der lokalen kirchlichen Behörden Kirchenasyle durchgeführt.

David Zaugg, der Beauftragte für Pub-

lic Affairs und Migration der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (EKS), erklärt, warum seine Institution die Petition unterstützt: «Erstens: Das Gesetz verfehlt sein Ziel. Artikel 116 soll Schlepperbanden treffen. 2023 wurden aber 648 Personen nach dem Grundtatbestand verurteilt – nach der Bestimmung gegen gewinnorientierte und bandenmässige Schlepperei gerade einmal 28. Das Gesetz trifft also vor allem Menschen, die weder aus Gewinnstreben handeln noch einer Bande angehören. (...)»

Zweitens: Die Rechtsunsicherheit lähmt. Darf eine Kirchgemeinde einem abgewiesenen Asylsuchenden für einige Wochen ein Zimmer geben? Darf ihm eine Sozialdiakonie Geld geben? (...) Verlässlich beantworten kann das kaum jemand. (...) Drittens: Die Lösung liegt auf dem Tisch. Das Schengen-Recht, das auch für die Schweiz gilt, erlaubt ausdrücklich, humanitäre Hilfe von der Strafe auszunehmen; das Europäische Parlament und die Vereinten Nationen empfehlen es.» Zum Schluss der Konferenz wird noch ein Grusswort von Beat Grögli, dem katholischen Bischof von St. Gallen, verlesen: (...) «Es trifft den Kern unserer Berufung als Christinnen und Christen, Mitmenschen, die in Not geraten sind, zu helfen. Nehmen wir unsere Verantwortung wahr. Schieben wir sie nicht scheinheilig auf die Länder an den Grenzen Europas ab. Suchen wir gemeinsam nach Lösungen, welche die Würde jedes Menschen beachten.»

Nach einer lebhaften und interessanten Diskussion mit den Zuhörer:innen und einem gemeinsamen Essen geht es zur Petitionsübergabe vor das Parlament. Dass sich Menschen aus sehr verschiedenen Horizonten für das Gleiche einsetzen, ist ein starkes Zeichen. Damit ist es auch gelungen, die Medien zu gewinnen und eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Michael Rössler

1. Siehe Archipel Nr. 345: Axl Van der Beke: «Solidaritätsdelikt im Jura» und Archipel Nr. 350: M. Rössler: «Freispruch für solidarisches Handeln»

2. Die damals 74-jährige Basler Menschenrechtsaktivistin wurde 2020 zu einer Geldstrafe von 800 Franken verurteilt und musste Gerichtskosten von 1400 Franken tragen.

Les Peuples Veulent

Im Juli 2026 trafen sich etwa sechzig Personen – Aktivist:innen, Exilant:innen und Angehörige von Diasporagemeinschaften aus Frankreich, Belgien und der Schweiz – für fünf Tage im Mas de Granier, einem Bauernhof von Longo maï in der südfranzösischen Crau-Ebene zum dritten Treffen des Netzwerks «Les Peuples Veulent» (Die Völker wollen).

Zwischen politischer Arbeit, gemeinsamem Unkrautjäten und einem unvergesslichen Gewitter legten sie den Grundstein für einen gemeinsamen Raum, um den Internationalismus durch die Völker aus dem frankophonen Raum heraus zu reflektieren.

Les Peuples Veulent¹ ist ein Netzwerk, das weltweit Menschen und Orte zusammenbringt, die sich für den Aufbau einer revolutionären und internationalistischen Praxis engagieren. Die Initiative ist aus der «Cantine Syrienne» hervorgegangen. Seine Geschichte beginnt im Jahr 2019, im Zuge eines Jahrzehnts weltweiter Aufstände: Die «Cantine Syrienne», ein Kollektiv aus den Pariser Vororten, das syrische Revolutionär:innen im Exil und Aktivist:innen aus verschiedenen Ländern vereint, lanciert eine Einladung zu einem internationalen Treffen. Das Ziel, das sich seitdem immer weiter verfestigt hat: Erfahrungen aus unseren Kämpfen auszutauschen, um unsere kollektiven Fähigkeiten zur Analyse und zur konkreten gegenseitigen Hilfe zu stärken.

Es folgten weitere Treffen in Montreuil im November 2025 und in Marseille im Jahr 2024, an denen sich Revolutionäre aus neuen Regionen beteiligten. Das Netzwerk hat sich nach und nach von der «Cantine Syrienne» verselbstständigt und ein Manifest² verfasst, das in mehrere Sprachen übersetzt und veröffentlicht wurde, und mehrere Arbeitsschwerpunkte entwickelt: die Verbindung zwischen Kämpfen und Revolutionen als politischer Kompass, den Aufbau eines Netzwerks konkreter gegenseitiger Hilfe durch das Projekt «Mujawara» (selbstorganisierte Orte, die sich koordinieren, um die Mitglieder des Netzwerks und darüber hinaus finanziell, materiell und politisch zu unterstützen) sowie der Wille, im Kulturkampf gegen das Monopol der Massenmedien Einfluss zu nehmen, indem die Stimmen derer verbreitet werden, die vor Ort kämpfen. Derzeit bilden sich regionale Gruppen innerhalb des Netzwerks: Im Februar 2025 brachte die Asien-Gruppe in Chiang Mai bereits Kollektive und Aktivist:innen aus Kasachstan bis China sowie asiatische Diasporagruppen aus Europa zusammen. Im Rahmen derselben Bewegung hat sich eine geografische Gruppe für den französischsprachigen europäischen Raum gebildet, deren drittes Treffen bereits stattfand.

Mehr als nur eine Mahlzeit teilen

Etwa zwanzig Personen beleben den Bauernhof «Mas de Granier», der auch einige

Menschen im Exil beherbergt, die in Arles eine Ausbildung absolvieren und am täglichen Leben teilhaben. Einer von ihnen verfolgte das Treffen mit ungebrochener Neugier. Herzlich zur Teilnahme eingeladen, fand er sich inmitten von Diasporagruppen aus aller Welt wieder und tauschte sich mit Menschen aus, deren Lebenswege Kontinente durchquerten, die er selbst derzeit noch nicht bereisen kann. Ob formell oder nicht – diese Momente waren für ihn wie auch für andere vom Mas eine Möglichkeit, die Kämpfe und die sich entwickelnde internationale Solidarität ein wenig greifbarer zu machen.

Am Samstagabend, nach zwei Tagen voller Sitzungen, legte ein grosser Teil der Versammlung die Theorie beiseite, um beim Jäten des Tomatenfeldes mitzuhelfen. Dieses grosse Feld wird etwa drei Tonnen Tomaten liefern, die zu Tomatensosse verarbeitet und unter Kamerad:innen, solidarischen Kantinen in Marseille und den Bewohner:innen des Mas aufgeteilt werden. Eine sehr konkrete Art, das zu verwirklichen, was das Netzwerk als «materielle gegenseitige Hilfe» bezeichnet: Mit ein und derselben Geste, die Kämpfe von morgen und die Tische von heute zu versorgen.

Das politische Ziel

Über diese Momente des gemeinschaftlichen Lebens hinaus bestand das zentrale Ziel des Treffens darin, darüber nachzudenken, welche Rolle Les Peuples Veulent auf lokaler Ebene spielen können. Zudem wurde eine strategische Analyse in Angriff genommen, bei der die Teilnehmenden mit komplexen Fragen (Militarisierung, Krieg, Faschismus,

Revolution) konfrontiert wurden, wobei ein Kernpunkt der Diskussionen im Vordergrund stand: Das Bündnis zwischen dekolonialen Kämpfen und denjenigen der Exilierten ist von zentraler Bedeutung, um gemeinsame Handlungsweisen zu konzipieren und zu strukturieren. Weitere Treffen sind bereits geplant, und es wurden mehrere Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, um dieses Projekt voranzutreiben.

Das politische Ziel von Les Peuples Veulent gliedert sich in drei Aufgaben: den Aufbau transnationaler Verbindungen zwischen Revolutionär:innen verschiedener Strömungen, zwischen Formen von selbstverwalteten Einheiten sowie Exilgemeinschaften und Diasporas. Den Aufbau eines Netzwerks zur materiellen gegenseitigen Hilfe. Und die Verbreitung einer internationalistischen revolutionären Kultur. Sei es durch Treffen, Festivals, Tourneen, mobile Bildungsangebote oder mehrsprachige Medien, um der Offensive reaktionärer Netzwerke entgegenzuwirken und die Erfahrungen der Aufstände der letzten Jahre wieder greifbar zu machen.

Tanzen im Regen

Am letzten Tag brach auf dem Mas de Granier ein heftiges Gewitter los: Strom- und Wasserausfälle, Zelte, die eilig unter der Scheune zusammengeklappt werden mussten, und vom Blitz getroffene Bäume, die quer über die Strasse gefallen waren – all das konnte die Begeisterung der Teilnehmenden nicht trüben. In der Runde übernahm eine befreundete Holzfäller:in die Aufgabe, den Weg freizuräumen, während drinnen das Essen zubereitet wurde – eng beieinander, in geselliger Atmosphäre. Das Treffen endete mit einem Aufklaren des Himmels, bevor es zu einem festlichen Moment überging. Nach dem Essen schlossen sich die Hände zum syrischen Dabke-Tanz, dann führte ein Freund aus Mali die Gruppe in den Takamba ein, bevor jede und jeder ein Musikstück vorstellte, das ihm oder ihr am Herzen lag. Eine Art und Weise, ganz im Sinne des gesamten Wochenendes, die anspruchsvolle politische Arbeit und die Wärme eines gemeinschaftlichen Lebens miteinander verbindet.

Mila & Elisa

1. <https://thepeopleswant.org>

2. Revolutionen unserer Zeit, Internationalistisches Manifest, Zones, 2025



Angriff auf die LGBTI+-Community

Der Prozess gegen die französisch-türkische Soziologin Pinar Selek, wurde am 18. September zum achten Mal von einem Gericht in Istanbul verurteilt. Kurz zuvor begann die Verfolgung der LGBTI+-Community in der ganzen Türkei.

Die nächste Verhandlung gegen Pinar Selek findet am 5. Februar 2027 statt. Der Prozess, an dem auch dieses Mal eine internationale Delegation teilnahm, ist eindeutig eine Farce, eine absolute Schikane gegen die Angeklagte sowie ihre Anwält:innen und Unterstützer:innen. Dies hindert Pinar Selek nicht daran, umgehend wegen der Verfolgung der LGBTI+-Community Stellung zu beziehen:

Liebe Freunde und Freundinnen. Entschuldigt bitte, dass ich euch an einem Sonntag störe, aber es ist sehr DRINGEND: In der Türkei hat gerade eine Offensive von beispiellosem Ausmass auf nationaler Ebene gegen LGBTI+-Personen begonnen. In der Dunkelheit der Morgendämmerung haben die türkischen Behörden eine koordinierte Welle von Hausdurchsuchungen und Festnahmen gestartet, die sich gegen LGBTI+-Organisationen, Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen richtet. Die genaue Zahl der Festgenommenen ist noch unbekannt, liegt aber seit 1 Uhr morgens bereits bei über

160. Die Wahl des Datums ist erschreckend: Anlässlich des 46. Jahrestages des Militärputsches vom 12. September 1980 wurden die Websites und Konten der sozialen Netzwerke zahlreicher LGBTI+-Organisationen, unabhängiger Medien, Student:innengruppen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen beschlagnahmt. Ab 1 Uhr morgens in der Nacht vom 12. auf den 13. September weiteten sich die Razzien auf fünfzehn Provinzen aus, darunter Ankara, Mersin, Kuşadası, Istanbul und Izmir. LGBTI+-Vereinigungen, Aktivist:innen, unabhängige Menschenrechtsverteidiger:innen sowie bestimmte Einrichtungen und Arbeitsstätten wurden ins Visier genommen. Wohnungen wurden noch vor Tagesanbruch durchsucht. Türen wurden aufgebrochen. In Istanbul wurden sogar die Räumlichkeiten von Organisationen gestürmt, die Menschen mit HIV lebenswichtige Unterstützung leisten.

Justizminister Akın Gürlek gab bekannt, dass die in Istanbul, Ankara, Izmir, Aydın

und Mersin durchgeführten Operationen den Namen «Meine Familie ist in Sicherheit» – was für ein Zynismus – erhalten hätten. Er erklärte, dass mehr als 160 Aktivist:innen festgenommen worden seien. Eine zweite Welle von Durchsuchungen folgte anschliessend in Istanbul. Lasst es uns ganz klar sagen: Hier geht es nicht um den Schutz von Familien. Es handelt sich um eine koordinierte Kampagne der Einschüchterung und Unterdrückung, die sich gegen LGBTI+-Personen, ihre Organisationen, ihre Verbündeten und all jene richtet, die sich für die Grundrechte einsetzen.

Die Operationen dauern noch an. Die Aktivist:innen warten in Angst, ohne zu wissen, wer die nächsten Opfer sein werden. Wir rufen internationale Menschenrechtsorganisationen, gewählte Vertreter:innen, Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft, Journalist:innen und alle Menschen, denen Gleichheit und Freiheit am Herzen liegen, dringend dazu auf, sofort zu handeln.

Bezieht öffentlich Stellung! Verbreitet verifizierte Informationen! Wendet euch an eure Volksvertreter:innen. Fordert die sofortige Freilassung der Inhaftierten und die Einstellung der Hausdurchsuchungen! Schweigen wird die Angegriffenen nicht schützen. Es heizt die Repression nur noch weiter an. Zeigt Solidarität mit den LGBTI+-Gemeinschaften in der Türkei! Bevor es zu spät ist.

Pinar Selek,
Nizza, am 13. September 2026

PS: Inzwischen sind mehrere Solidaritäts- und Unterstützungserklärungen im Umlauf. Am 18. September fanden in verschiedenen Städten Solidaritätskundgebungen statt. Haltet euch auf dem Laufenden!



Graffiti in Istanbul «Wir sind für Sie da - mit unserer Liebe für das Vaterland und das Volk»



MAROKKO/SPANIEN

Ceuta – ein Appell von «No Name Kitchen»

Zehntausende von Menschen sind Anfang August schwimmend in Ceuta angekommen und haben dabei einen unglaublich beschwerlichen Transit hinter sich gebracht. Sie kommen mit Verletzungen, Quallenstichen, Hunger, Durst und unter Schock an. Das ist keine Invasion. Es ist eine verzweifelte Suche nach einer Zukunft.

«No Name Kitchen» ist seit 2021 in Ceuta im Einsatz. Wir kennen die Lage vor Ort, wir wissen, was vorhanden ist und was fehlt, und wir wissen, wie wir auf eine Weise helfen können, die inklusiv, würdevoll und diskret ist – ohne diese Krise zu instrumentalisieren oder eine Tragödie zum Spektakel zu machen. Wir verstärken unser Team mit weiteren Aktivist:innen vor Ort und benötigen Mittel für Lebensmittel und Grundbedarfsartikel (Socken, Unterwäsche, Schuhe), die wir dringend, effektiv und ohne Diskriminierung an die Schutzbedürftigsten verteilen werden. Hilf mit, wenn du kannst. Wenn nicht, teile diesen Beitrag. Du kannst dich auch melden, um Kleidung zu spenden oder vor Ort mitzuhelfen.

Es könnte alles Mögliche sein. Es könnte der neue «Grüne Marsch» sein. Das könnte ein Wutanfall des Königs von Marokko sein, weil Spanien Gas direkt in Algerien gekauft hat, ohne seine «Maut» in Rabat zu bezahlen. Es könnte daran liegen, dass das Finale der Weltmeisterschaft 2030 in Madrid stattfindet, oder vielleicht daran, dass Spanien den Nachkommen der Sahraouis die Staatsangehörigkeit gewährt. Es könnte das Gejammer von Netanjahu sein, weil Spanien seinen Völkermord verurteilt. Es könnte der Zorn von Trump sein, weil Spanien nicht genug Geld für die NATO ausgibt oder weil es sich weigert, seine Flugzeuge vor den Bombenangriffen auf den Iran aufzutanken zu lassen. Es könnte die «extremistische, marxistisch-kommunistische, bolivarische» Politik Spaniens sein, die beispiellose Migrationsströme ausgelöst hat. Es könnte das Urteil des spanischen Obersten

Gerichtshofs sein, das tausende marokkanische Kinder zu «Interpreten» der in anderen Ländern gefassten Entscheidungen gemacht hat.¹ Es könnte auch daran liegen, dass mehr als eine halbe Million Menschen, die sich bereits in Spanien aufhalten, gerade ein Regularisierungsverfahren eingeleitet haben, und dass sich dieses Gerücht, diese Hoffnung, dieses «Wenn sie es geschafft haben, kann ich es auch schaffen», wie ein Lauffeuer verbreitet. Es ist sogar wahrscheinlich, dass grausame und sadistische Mafiagruppen Menschen ohne jegliche Skrupel ins Meer werfen und deren Verzweiflung ausnutzen. All das ist möglich. Und ehrlich gesagt spielt es keine Rolle, denn all das erklärt zwar die Situation – aber nichts davon löst sie.

Was heute mehr denn je zählt – wie immer – ist unsere Fähigkeit, Empathie für das Leid anderer zu zeigen. Im Jahr 2025 meldeten die offiziellen Zahlen fünfzig Tote an den Küsten von Ceuta. War das eine Schlagzeile bei CNN oder bei der BBC? Was wir heute erleben, ist kein Einzelfall: Es ist die Eskalation eines Phänomens, das schon lange geschlummert hat. Der Wunsch der Menschen nach einem besseren Leben ist nicht erst diese Woche entstanden, und keine Entscheidung, kein Zaun, keine schwimmende Barriere wird ihn aufhalten. Jeder, der diese Zeilen liest, weiss tief in seinem Inneren: Wäre er in Marokko geboren worden – nicht in einer wohlhabenden Familie mit Verbindungen zur Macht, sondern mit dunkler Haut, leeren Taschen und kaputten Zähnen – würde er auch verzweifelt versuchen, das Land zu verlassen.

Das wissen wir alle, auch wenn es bequemer ist, über Gaspipelines und Kriminalität zu diskutieren. Wir sind seit 2021 in Ceuta, auf der Strasse, und kämpfen Tag für Tag. Wir schaffen geschützte Räume, wo es zuvor keine gab. Wir verstehen – einfach dadurch, dass wir da sind –, warum jemand fähig ist, sich auf einem löchrigen Schlauchboot ins Meer zu stürzen und dabei die Hand seiner Tochter festzuhalten – einer Tochter, die nicht einmal schwimmen kann.

Man muss kein geopolitischer Analyst und keine geopolitische Analystin sein, um das zu verstehen. Das sind wir nicht und geben auch nicht vor, es zu sein – dafür haben wir weder die Zeit noch die Energie. Was wir haben, ist die Kraft, weiterhin Wunden zu versorgen, Menschen zu umarmen, warme Mahlzeiten, warme Kleidung, Trinkwasser und einen würdigen Ort bereitzustellen, an dem die Menschen erzählen können, was ihnen widerfahren ist, und begleitet werden, wenn sie die Misshandlungen anprangern, denen sie weiterhin ausgesetzt sind. Alle, die versuchen, gegen grösste Widrigkeiten zu migrieren – ob diejenigen, die bei ihrer Ankunft weinen, oder diejenigen, die in die Kamera lächeln und das Victory-Zeichen machen – alle sind Held:innen. Punkt.

Mohammed wird uns nicht aufhalten. Genauso wenig wie Donald, Benjamin, Abascal, «Perro Sánchez» oder sonst irgendjemand. Solange Menschen weiterhin offene Wunden und Angst in sich tragen, werden wir weiterhin da sein. Was wir brauchen, sind konkrete Mittel: Unterstützung zur Deckung der Kosten für Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Socken, Unterwäsche und Erste Hilfe sowie für Unterkunft, Materiallager, LKWs, Kraftstoff, Anwält:innen und Psycholog:innen.

Hier ist die Kampagne: www.donorbox.org/emergency-solidarity-with-ceuta

Das Team von No Name Kitchen*

*Das Europäische Bürger:innen Forum unterstützt «No Name Kitchen» seit mehreren Jahren finanziell. Für genauere Auskünfte könnt Ihr uns schreiben an: ch@forumcivique.org

1. Spaniens höchste Richter hatten im Vorfeld entschieden, dass Migrant:innen, die schwimmend spanisches Hoheitsgebiet erreichen, nicht ohne individuelle Prüfung der Fluchtgründe abgeschoben werden können. Laut spanischem Innenministerium ist dieses Urteil in Marokkos sozialen Netzwerken in einen Freifahrtsschein für die Reise nach Europa uminterpretiert worden.

Die Flamingo-Revolution

Seit Monaten protestieren zehntausende Albaner·innen, insbesondere junge Menschen, auf den Strassen von Tirana. Die «Flamingo-Revolution» gegen das grössenwahnsinnige Tourismusprojekt von Jared Kushner und Ivanka Trump auf der albanischen Insel Sazan und in der Lagune von Zvërnec erschüttert nun das Regime des «Sozialisten» Edi Rama.

Um zu verstehen, warum das albanische Volk in dieser Intensität eine «Vasallenrolle» ablehnt, ist ein historischer Rückblick erforderlich. In den 1920er Jahren war der spätere König Zog I. bereits Ministerpräsident in Albanien, als in Italien der Faschismus die Macht übernahm. Zogs politische Stärke beruhte auf seiner zweihundert Mann starken Miliz; er selbst stammte aus einer Familie von Grossgrundbesitzern unter dem Osmanischen Reich. Als er noch um die Macht rang, bat Zog die italienische Regierung um die Finanzierung seiner Miliz und bot ihr im Gegenzug an, mehrere Hektar Wald aus seinem Besitz an die italienische Staatsbahn abzutreten. Gleichzeitig verpflichtete er sich, nach seiner Machtübernahme eine dem Königreich Italien wohlgesinnte Politik zu betreiben. Der Vorschlag wurde von Italien angenommen. Parallel zu dieser privaten Transaktion wurden 1923 Handels- und Schifffahrtsabkommen zwischen den beiden Regierungen geschlossen. Zog wurde zwei Jahre später Präsident der Republik, noch bevor ein geheimer Militärpakt unterzeichnet wurde, auf den 1926 ein Freundschafts- und Sicherheitspakt mit Italien folgte. Albanien wurde unter der Herrschaft von König Zog [1928–1939] zu einer italienischen Halbkolonie, bis Rom es ganz besetzte.

Dieses Ereignis prägte die Beziehungen zwischen dem kleinen Land, seinen Herrschern und den ausländischen Mächten. Seit jeher wurde das Schicksal Albaniens und des albanischen Volkes durch Vasallentum und eine Randlage bestimmt. Vasallentum bedeutete, dass die lokalen Herrscher ihre

Legitimität aus den Diensten bezogen, die sie dem Zentrum des Reiches erwiesen. Unter dem Osmanischen Reich bestand dies darin, Soldaten zur Verfügung zu stellen. Die Randlage äusserte sich darin, dass das Zentrum dem Land erlaubte, nach eigenen Regeln zu regieren, dabei die Augen vor seinen Verfehlungen verschloss und mitunter fortschrittliche Reformen blockierte.

Der aktuelle Ausverkauf

Dieses Paradigma setzte sich mit Italien fort, dann mit der UdSSR, China und seit dem Zusammenbruch des Kommunismus mit dem westlichen Imperium. Das von Jared Kushner geleitete Luxushotel-Projekt verkörpert die aktualisierte Version dieses Paradigmas und steht im Einklang mit der Positionierung des albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama. Letzterer agiert in seinem eigenen Land als Vermittler zugunsten der Harmonisierung der Interessen von Oligarchen und denjenigen des organisierten Verbrechens, das in den letzten zwei Jahrzehnten zum wichtigsten Investor in der albanischen Wirtschaft geworden ist; der Macht der Medien, in die diese beiden Gruppen in grossem Umfang investiert haben; und schliesslich zugunsten von denjenigen, die Albanien als ihren «strategischen Partner» bezeichnen: die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, das neue Referenzimperium für Tirana.

In der Überzeugung, dass dies seine politische Lebensversicherung sei, hat der albanische Ministerpräsident nie aufgehört, in die westliche internationale Gemeinschaft

zu investieren. Einige Monate vor Trumps Amtsantritt ergriff Edi Rama Massnahmen, um freundschaftliche Beziehungen zum republikanischen Kandidaten aufzubauen, obwohl er zuvor den amerikanischen Demokraten sehr nahestand. Er geht auf die Yacht von Jared Kushner und verspricht ihm ein Stück Albanien – ein Vorgehen, das dem Angebot an Giorgia Meloni gleicht, ihr ein Grundstück für den Bau eines Asylbewerberlagers zu überlassen, so wie einst König Zog seinen Wald an die Italiener übergeben hatte.

Dieser Ausverkauf Albaniens befriedigt nicht nur die Interessen von Trumps Schwiegersohn, sondern auch die des organisierten Verbrechens und der albanischen Oligarchen, die einflussreiche Medien des Landes kontrollieren und denen die Regierung den Status strategischer Investoren gewährt hat. So unterstützt der Staat sie beim Bau von Wohn- und Tourismuskomplexen an den albanischen Küsten, wodurch den Albaner·innen der Zugang zum Meer immer mehr verwehrt wird. Diese unverhohlene Ausgrenzung erklärt die Wut der Öffentlichkeit. Sie richtet sich nicht nur gegen das Projekt von Jared Kushner, sondern ganz allgemein gegen das Schicksal eines Albaniens, das von diesem kriminellen System geprägt ist, welches der Bevölkerung täglich öffentliche Räume und Gemeingüter versperrt – bis zu einem Punkt, an dem die Perspektivlosigkeit Massenabwanderung hervorbringt und verstärkt. So versteht man die eindringlichsten Slogans der Proteste besser: «Albanien ist nicht zu verkaufen», «Boykottiert die Medien», «Wir wollen ein neues Albanien». Kurz gesagt: Mit diesem Aufstand, der bereits als «Flamingo-Revolution» bezeichnet wird [Flamingos sind in der Lagune von Zvërnec besonders zahlreich vertreten], weigert sich die albanische Bevölkerung, in eine Position der Unterwerfung gedrängt zu werden.

Das Volk wehrt sich

Ein unbeabsichtigter Effekt von Kushners Projekt ist, dass Edi Ramas Ziel, dem Imperium zu dienen, um die Unterstützung der politischen Mitte für sich zu stärken, kontraproduktiv geworden ist. Der albanische Aufstand hat ein grelles Licht darauf geworfen, wie im westlichen Imperium der Umweltschutz, die Kontrolle über Entscheidungen

SCHOCKIERENDE BILDER AN DER KÜSTE

Alles beginnt am 23. Mai 2026 mit einer eindrucksvollen Szene an den Ufern der Adria. Einwohner·innen von Zvërnec und Nartë versammeln sich zusammen mit Umweltaktivist·innen vor einem imposanten, mit Stacheldraht gesicherten Zaun, der ihnen den Zugang zum öffentlichen Strand von Pishë-Poro versperrt. Dieses Gebiet, das – zusammen mit der Lagune von Narta, ihren seltenen Dünen, ihren Flamingos und ihren Meeresschildkröten – als geschützte Landschaft ausgewiesen ist, wurde schlagartig in eine private Baustelle verwandelt. Den Bürger·innen gegenüber steht eine Polizeikette, welche die Baumaschinen und die Interessen der Investor·innen schützen soll. Schockierende Bilder von privaten Sicherheitskräften, die Demonstrant·innen angreifen und wegzerren, verbreiten sich rasch in den sozialen Netzwerken und

lösen heftige Empörung aus. (...) Dieser Tag markiert den Beginn einer Bewegung, die schnell über den lokalen Rahmen hinauswächst und zu einer landesweiten Mobilisierung wird.

Ein weiterer Aspekt nährt die Fragen: Trotz der Berichterstattung über die Beteiligung der Familie Trump-Kushner tauchen weder Jared Kushner noch Ivanka Trump noch ihr Unternehmen «Affinity Partners» offiziell in den Registrierungsunterlagen des Projekts auf. Auf dem Papier wird das Projekt von der Firma «Zvërnec South Adriatic Development» (ZSAD) getragen, die über eine in den Niederlanden registrierte Offshore-Struktur gehalten wird, deren Begünstigte weitgehend im Dunkeln bleiben.

Auszug aus dem Artikel von Katerina Sula, veröffentlicht am 3. Juni im «Courrier des Balkans»

durch eine winzige Minderheit und die Folgen von Trumps äusserst irritierender Innen- und Aussenpolitik gehandhabt werden. Dennoch bleibt das Problem des Paradigmas «Vasallenstaat – Imperium» für die Albaner:innen bestehen, die darauf hoffen, eines Tages in einem Albanien zu leben, das Mitglied der EU ist und in dem Rechtsstaatlichkeit herrscht, denen es jedoch schwerfällt, sich bei den europäischen Instanzen Gehör zu verschaffen.

Heute sieht es so aus, als hätte sich das Engagement der westlichen Länder zu Beginn der 1990er Jahre, zum Aufbau von Demokra-

tie und Rechtsstaatlichkeit in Ländern wie Albanien beizutragen, nach und nach in eine Politik verwandelt, die diese Länder lediglich als wirtschaftliche und geostrategische Ressourcen betrachtet. Vor diesem Hintergrund könnte die Versuchung für westliche Staats- und Regierungschefs gross sein, autoritäre Machthaber fortan stillschweigend zu unterstützen oder zumindest bei deren Machtmissbrauch wegzuschauen, wenn diese für den Westen nützliche Ablenkungsmanöver (Bearbeitung von Asylanträgen) oder pharaonische Marotten (Kushner-Projekt) anbieten.

Mit dieser «Revolution der rosa Flamingos» hat das albanische Volk, insbesondere seine Jugend, eine beispiellose Bürger:innenbewegung ins Leben gerufen. Hoffen wir, dass die Europäer:innen ihre Ziele unterstützen werden: den Abbruch des Kushner-Projekts, den Rücktritt einer korrupten Regierung und die Neugestaltung der Demokratie.

Fatos Lubonja*

*Fatos Lubonja, Schriftsteller und Journalist, ist ein ehemaliger Dissident, der während der Jahre der Diktatur inhaftiert war. Dieser Artikel wurde am 30. Juni vom «Courier des Balkans» – courrierdesbalkans.fr veröffentlicht.



Tausende Bürger:innen demonstrieren vor dem Büro des albanischen Ministerpräsidenten in Tirana.

BRIEF AUS DER UKRAINE

In Kyiv

Vor Kurzem sind wir – nolens volens – den Realitäten des Krieges nähergekommen. Ende August haben wir, diesmal aus familiären Gründen, ein paar Tage und Nächte in der Hauptstadt verbracht. So haben wir viele unserer Freundinnen und Freunde getroffen und auch die neue russische Taktik miterlebt, mit der die Bevölkerung terrorisiert wird.

Um die Situation zu veranschaulichen: Vom 27. August bis zum 1. September gab es mehr als 60 Raketen- und Drohnenalarme, Tag und Nacht, mit einer Gesamtdauer von über 12 Stunden pro Tag. Wenn es einschlägt, ist der Lärm ohrenbetäubend. Die Einheimischen erkennen die verschiedenen Waffengattungen am jeweils spezifischen Geräusch. Wenn du live verfolgen willst, was gerade fliegt: www.kontur.systems

Der Mangel an Luftabwehrwaffen macht das physische Überleben zu einer Art Lotterie. Ballistische Raketen treffen manchmal schon vor dem Alarm ein. Nur etwa 2–3 Prozent der Bevölkerung begeben sich daher in Schutzräume oder U-Bahn-Stationen. Unsere Freund:innen machen sich Sorgen um den Winter, vor allem um ihre älteren Angehörigen. Wenn Kyiv weiterhin so anfällig für Raketenangriffe bleibt, werden wieder ganze

Stadtteile ohne Heizung, Strom und fließendes Wasser dastehen – je nachdem, ob der Winter mild oder streng wird. Unsere engsten Freund:innen fragen uns etwas vorsichtszögernd, ob wir im Notfall vielleicht ein paar Leute bei uns im Dorf in den Karpaten unterbringen könnten – was uns zurück ins Jahr 2022 versetzt und für uns natürlich selbstverständlich ist. Wenn nötig, wird unsere Herberge im Dorf auch wieder zur Notunterkunft. In der Zwischenzeit ist die Allgegenwart des Krieges noch deutlicher spürbar geworden, allein durch die steigende Zahl der Menschen mit Prothesen. Aber es gibt auch Gutes, angefangen am Morgen im Café oder auf der Strasse mit den blassen, aber freundlichen Blicken der Leute, die alle die Nacht schlaflos verbracht haben, den kleinen alltäglichen Gesprächen zwischen Fremden und vielen anderen kleinen Zeichen gegenseitigen Respekts.

Liebe Grüsse aus Nyzhne Selyshche,
Olya und Jürgen



Land of the free... Foto: Asih Wahyuni

BUCHTIPP UND LESEREISE

Land und Freiheit

Aurélien Berlan* hat ein radikales Buch über «Kollektive Autonomie gegen den Wahn der Erlösung» geschrieben und geht damit in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf Lesereise.

Die westliche Moderne definiert sich über den Anspruch, allen Menschen die Freiheit zu bringen – im Gegensatz zu Gesellschaften, welche in der Freiheit das Privileg einer Minderheit sahen. Dieses moderne Projekt ist gescheitert.

Zu einem Zeitpunkt, wo soziale Ungleichheit explodiert und Freiheitsbeschränkungen um sich greifen, hinterfragt Aurélien Berlan die zugrunde liegende Idee der Freiheit radikal. Hinter dem Ideal der Emanzipation durch Beherrschung der Natur erkennt er das aristokratische Streben nach einer »leichten Existenz«: den Wunsch, von den beschwerlichen Aufgaben des Alltags erlöst zu sein. Soziale Ungleichheit und ökologische Katastrophe sind untrennbar miteinander verbunden, da die

Befreiung von den Notwendigkeiten des Alltags – als »imperiale Lebensweise« – die Ausbeutung von Natur und Mensch voraussetzt.

Das anzustrebende Ziel kann nicht eine Existenz »ohne Mühe« sein, sondern materielle und politische Autonomie. Es geht darum, unsere Subsistenz kollektiv in die Hand zu nehmen, denn nur so sind Freiheit und Gleichheit in Einklang zu bringen.

* Aurélien Berlan ist Philosoph und Gärtner. Daneben widmet er seine Zeit der Übersetzer- und Lehrtätigkeit. Er war in der Gruppe Marcuse aktiv und veröffentlichte u.a. einen Essay über die Kritik der industriellen Modernität in der deutschen Soziologie. Er unterrichtet am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre der Universität Toulouse 2 – Jean Jaurès und ist aktives Mitglied von Atecopol (Atelier d'écologie politique de Toulouse). Wir kennen ihn und kooperieren mit ihm seit über dreissig Jahren.

Land und Freiheit, Kollektive Autonomie gegen den Wahn der Erlösung, 23.00 €, 304 Seiten aus dem Französischen übersetzt von Karin Hilpold, erschienen im Mandelbaum Verlag, März 2026.

LESUNGEN IN DER SCHWEIZ

Bern: Montag 2. November, 19 Uhr, polit-bibliothek, Holligerhof 8, Parterre, Zugang Güterstrasse 8, 3008 Bern

Zürich: Dienstag, 3. November, 19 Uhr, Laboer.ch – Labör, Affolternstr. 76, nahe dem SBB Bhf Oerlikon, Zürich.

Winterthur: Mittwoch, 4. November, 20 Uhr, Gasthof zum Widder, Metzggasse 9, 8400 Winterthur, Eintritt frei
bitte Anmeldung per Mail
LandundFreiheit@pm.me

Die Lesetermine in Österreich und Deutschland erfährt Ihr über unsere Website www.forumcivique.org.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Borkanyuka 95
UA-90440 Nischnje Selischtshe
Tel. +380 67 31 27 970
ua@forumcivique.org